

Full disk encryption on each of your computers

Die [Electronic Frontier Foundation](#) (EFF) empfiehlt: Verschlüsseln Sie ihre Festplatte komplett!

[TrueCrypt](#) has the most cross-platform compatibility.

Dazu gibt es einen [Defending Privacy at the U.S. Border: A Guide for Travelers Carrying Digital Devices](#).

Macht das gefälligst!

Die ARD und Agitprop für die Vorratsdatenspeicherung

Patrick Breyer hat mal nachgefragt bei der ARD [nachgefragt](#), warum die Berichterstattung zum Thema „Vorratsdatenspeicherung“ im Wesentlichen „aus Leugnen, Kleinreden und dem üblichen Uhl-Bosbach-Ziercke-Gefasel besteht“ (via [Fefe](#)) und warum eine ausgewogene Berichterstattung erwähnen müsste, dass

– *zwei Drittel der Bevölkerung laut Allensbach eine verdachtslose Vorratsspeicherung aller Verbindungsdaten ablehnt; Bürger kommen bei Ihnen aber ebenso selten zu Wort wie Bürgerinitiativen und Organisationen gegen Vorratsdatenspeicherung,*

– *auch beispielsweise der Anwaltsverband, die Neue Richtervereinigung, der Journalistenverband, die Bundesärztekammer, der eco-Internetverband und [viele andere](#) eine verdachtslose Vorratsdatenspeicherung ablehnen, weil sie*

Millionen von Euro kostet, ein permanentes Datensicherheitsrisiko schafft, vertrauliche Kommunikation beeinträchtigt und den Weg in eine immer weiter reichende Massenansammlung von Informationen über die gesamte Bevölkerung ebnet,

– dass 100 Organisationen aus 23 europäischen Ländern für eine Abschaffung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung [sind](#) und dass neben Deutschland auch viele andere Staaten keine verdachtslose Vorratsspeicherung aller Verbindungsdaten praktizieren.

Sie inszenieren in Ihrer Berichterstattung den Eindruck einer Auseinandersetzung „FDP gegen alle“, während tatsächlich die Befürworter in der Minderheit sind.

Die Piratenpartei kämpft am meisten und schon seit langem gegen die Vorratsdatenspeicherung, deswegen fordert er:

zu Interviews auch einmal andere Gegner einer verdachtslosen Vorratsdatenspeicherung als die FDP einzuladen, derer es sowohl im politischen Raum (z.B. Grüne, Linke, Piraten) wie auch im außerparlamentarischen Bereich (s.o.) sehr viele gibt.

Wahrscheinlich gibt es bei der ARD einen Gremienvorbehalt, wenn es darum geht, Gegner der Vorratsdatenspeicherung zu Wort kommen zu lassen.

Gesichtsbuchs aka Facebooks Schutzbehauptungen

Sehr erhellender Artikel bei [Heise](#): „Da Facebook-Buttons quasi omnipräsent sind, kann Facebook eine komplette Liste aller Websites erstellen, die ich besuche und diese mit meiner Person verknüpfen – einer Person, deren Namen, Adresse,

Vorlieben und Freunde es kennt. (...) Offen ist nur die Frage, was genau Facebook mit diesen Daten macht. Von uns zu erwarten, dass wir Facebook vertrauen, dass da schon nichts Böses passiert, ist wirklich zu viel verlangt.“

Ich traue diesem Datenkraken nicht und ich erkläre jeden für einen Tölpel und Dummkopf, der Facebook vertraut.

Big Brother is watching you and Amazon hat ein Patent drauf

Ein neues [Amazon-Patent](#):

Mobile device users may be tracked either via mobile-signal triangulation or via Global Positioning Satellite information. A mobile device user's recent movements may be analyzed to determine trails or traffic patterns for device user among various locations. Mobile device trail information, either for an individual user or aggregated for multiple users, may be analyzed to determine a next destination for the user. Electronic advertising content, such as advertisements, coupons and/or other communications, associated with the next destination may be sent to an electronic device likely to be viewed by the mobile device user.

Aus den Bewegungsdaten der [mobile devices](#) und anderere unnützer Statussymbole wird das zukünftige Kaufverhalten ermittelt – und dann die dazu passende Werbung gespammt. (via [Fefe](#))

Datenschutz und Profit im Kapitalismus

[Telepolis](#): „Laut einer Rechnung einer Bewertungsgesellschaft sparen deutsche Unternehmen Milliarden durch Vernachlässigung des Datenschutzes“.

Verräterpack SPD für Vorratsdatenspeicherung

[Netzpolitik.org](#): „Auf dem SPD-Parteitag ist heute mit zweitägiger Verspätung über Anträge zur Vorratsdatenspeicherung debattiert und abgestimmt worden. Ein Antrag der Jusos gegen die Vorratsdatenspeicherung fand leider keine Mehrheit, obwohl sich die Mehrheit der Redner in der Debatte gegen eine Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen hatten. (...) Beliebte Argumente waren Kinderpornographie und der Attentäter von Oslo.“

War klar. Offenbar wurden die Textbausteine für die Reden schon vor langer Zeit verfasst, sonst hätten sie ja „Rechtsterrorismus“ auch noch erwähnt.

Die Sozialdemokraten sind also dafür, dass die Bewegungsdaten aller Deutschen ohne konkreten Anlass für mehrere Monate gespeichert werden. Was für ein Verräterpack!

Die Anti-Terror-Lüge

Richard Gutjahr hat einen äußerst lesenswerten Artikel [auf seinem Blog](#) verfasst (via Fefe ua.):

Vorratsdatenspeicherung, Bundestrojaner, Anti-Terror-Gesetze. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gab es einen solchen Raubbau an Bürgerrechten. Ein Blick in die Statistik bringt Erstaunliches zutage: Die sog. „Anti-Terror-Gesetze“ werden für alles Mögliche benutzt, selten aber zur Bekämpfung von Terroristen. (...)“„Der Gesetzgeber schafft praktisch rechtsfreie Räume“, sagt Thomas Stadler. Selbst das Bundesverfassungsgericht stemme sich nur noch bedingt gegen diese Entwicklung,..

Anlässe für Telekommunikationsüberwachung 2009



Nicht zu vergessen den [Link](#) zu den den Abhörstatistiken der letzten Jahre. Lesebefehl, obwohl es zum Gruseln ist!

Leitfaden zum Lauschen

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung veröffentlichte heute eine interne Anleitung der Generalstaatsanwaltschaft München zur Telefon- und Internetüberwachung. Titel: „[Leitfaden zum Datenzugriff](#)“ (pdf)

Udo Vetter [kommentiert](#) das Dokument ausführlich. „Der Leitfaden enthält auch eine aktuelle Aufstellung, wie die

großen deutschen Provider Telefon- und Internetdaten speichern.“

Wie zu erwarten war, interessiert sich die Staatsanwalt nicht besonders für Recht und Gesetz. Besonders interessant ist auch das hier:

„Für das [e-Ticketing](#) der Deutschen Bahn gibt es bereits ein durchdachtes Überwachungsszenario. Durch die Abrechnung übers Mobiltelefon verfüge die Deutsche Bahn über die Daten sämtlicher Funkzellen, die der Nutzer durchfahren hat. Diese Daten könnten herausverlangt werden. Praktischer Nebenaspekt: *Aufgrund der Abrechnung mittels E-Mail ist auch die E-Mail-Adresse hinterlegt. Diese kann von der Deutschen Bahn herausverlangt und ggf. anschließend überwacht werden.*“

Der Große Bruder ist Realität. Davon konnte die Stasi nur träumen.

Propaganda für den Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz erhält laut [Tagesspiegel](#) noch mehr Kompetenzen. War klar.

[Frank Jansen](#), der früher seriös über Neonazis berichtet hat, wird mehr und mehr zum Sprachrohr der Schlapphüte. Jetzt fordert er auch noch die Vorratsdatenspeicherung. „Fehlende Daten erschweren Suche nach rechten Tätern. (...) „Die Vorratsdatenspeicherung ist mitnichten das Instrument eines Überwachungsstaates, wie es Teile der FDP und die Piratenpartei behaupten.“

Das kommt von allzugroßer Nähe zu den Geheimdiensten. Die Schmiere färbt ab.

Jansen, du betreibst Propaganda im Kostüm des Journalismus.

Gesprungene Schallplatten

„Wir brauchen die Vorratsdatenspeicherung wegen [füge zufälliges Wort aus der Tagesschau ein]“. (via [Fefe](#))

Der alltägliche Wahnsinn

[Law Blog](#): „Die Kripo jagt Beweismitteln hinterher, die sie längst bei sich auf dem Präsidium hatte. Allerdings war einer der Beamten besonders schlau. Er gab die Festplatte des Computers, auf der die wesentlichen Unterlagen gespeichert sind, wieder sang- und klanglos an den Beschuldigten zurück.“

Dann müssen sie eben noch mal eine Hausdurchsuchung machen. Der Beschluss lautete:

Bereits am 27.04.2010 wurden bei dem Beschuldigten aufgrund eines richterlichen Durchsuchungsbefehls umfangreiche Beweismittel sichergestellt. ... Irrtümlicherweise wurde der beschlagnahmte Datenträger wieder ausgehändigt, so dass eine erneute Durchsuchung erforderlich ist.

So was kann man sich gar nicht ausdenken.

[Fefe](#) schreibt: „Oh und natürlich haben sie sie richterlich bestätigt gekriegt, die Hausdurchsuchung. Weil der

Richtervorbehalt in der Praxis ein Witz ist.“

Braucht eine Regierung eine Facebook-Seite?

Ein [Nutzer](#) postet dazu in den Heise-Foren:

Es benutzen auch viele Leute [World of Warcraft](#). Trotzdem braucht die Regierung nicht meine Steuergelder auszugeben um in WoW präsent zu sein...

Spionagesoftware in Schulen [Update]

[Netzpolitik.org](#): Deutsche Schulbuchverlage schnüffeln Schüler aus. Der Vertrag der Bundesländer mit den Verlagen besagt:

Die Verlage stellen den Schulaufwandsträgern sowie den kommunalen und privaten Schulträgern auf eigene Kosten eine Plagiatsoftware zur Verfügung, mit welcher digitale Kopien von für den Unterrichtsgebrauch an Schulen bestimmten Werken auf Speichersystemen identifiziert werden können.

Reaktionen gibt es in einem [Update](#): „...aber so gut wie keine Berichterstattung in klassischen Medien. Einer der Gründe für letzteres scheint zu sein, dass es im Moment schwer ist, überhaupt jemand Verantwortliches in den Kultusministerien zu finden.“

Das Interessante an dem Fall ist, dass die Schulen sich auf so etwas einlassen. Das sagt ja schon genug. Ich würde die Verlagsvertreter zukünftig hochkantig rauswerfen und auf dem Schulhof öffentlich auspeitschen lassen.

Update: Die [taz](#) berichtet: „Die Verlage wollen, dass mindestens ein Prozent der öffentlichen Schulen die Software installiert und damit ihre Server scannen lässt.“

Schützt endlich unsere Kinder vor dem Internet!

Credits: [Lutz Donnerhacke](#), 1997

„(...) Deshalb fordern wir:

Abschaffung der anonymen Post.

Es darf nicht mehr jedem Verbrecher möglich sein, die Post ohne Gefahr der Erkennung Briefe zu versenden. Deshalb müssen die zahlreichen anonymen Briefkästen abgeschafft werden. Post darf nur noch in Postämtern unter Vorlage einer Identifikation aufgegeben werden. Pseudo-Anonyme „Postfächer“ müssen unter ausführlicher Angabe von Gründen beantragt werden. Bestehende Postfächer können eventuell einen 9-monatigen Bestandsschutz erhalten.

Verbot der verschlossenen Post.

Ein gesetzestreuer Bürger hat im Rechtsstaat nichts zu verstecken und nichts zu befürchten. Deshalb dürfen nur noch Postkarten oder unverschlossene Briefsendungen verschickt werden. Wer Briefe verschließt, macht sich verdächtig.

Desweiteren muß die Post den Ermittlungsbehörden unbeschränkten Zugang zu der Briefpost gewähren, ohne das die Post Kenntnis von den Zugriffen erlangt. Um dies zu ermöglichen, käme es beispielsweise in Frage, die Bearbeitung der Post in der Zeit von 13:00h bis 21:00h und von 6:00h bis 11:00h ruhen zu lassen. In dieser Zeit müßten die Postbediensteten sich aus den Räumlichkeiten der Briefverteilzentren zurück ziehen und den Ermittlungsbehörden Zugang gewähren.

Verbot der unleserlichen Post.

Es darf nicht sein, daß Gangster unter dem Deckmantel der Individualität in irgendwelchen Sprachen oder Schriftarten kommunizieren um den Ermittlungsbehörden den Zugriff auf ihre Kommunikation unmöglich zu machen. Auch hier sei noch einmal angeführt, daß der gesetzestreue Bürger nichts zu verbergen hat. Wer in einer unleserlichen Handschrift schreibt, muß eine maschinenschriftliche Abschrift seines Briefes beilegen. Mundarten oder fremdes Sprachen in Briefen sind verboten; in Ausnahmefällen können sie jedoch genehmigt werden, wenn der Verwender ein Lexikon oder eine sonstige Übersetzungshilfe für die verwendete Sprache bei der zuständigen Stelle hinterlegt.

Sperrung krimineller Adressen.

Bestimmte Adressen im Schutze des Auslands, auf die die deutsche Strafverfolgung leider keinen Zugriff hat, begehen permanent Rechtsverstöße. Von der deutschen Bundespost kann deshalb verlangt werden, daß sie jeglichen Briefverkehr an diese Adressen sperrt. „

Die Vorratsdatenspeicherung kommt

[Heise](#): „Die EU-Kommission hat Deutschland und Rumänien eine Frist von zwei Monaten gesetzt, um die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung umzusetzen“.

Der Zweck heiligt alle Mittel

[Presseveröffentlichung](#) des CCC über den neuen „Staatstrojaner“:

Die Verantwortlichen für die Konzeptionierung, den Einsatz und die Überprüfung dieser Trojaner lassen den notwendigen Respekt vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2008 sowie eine ausreichende technische und rechtliche Ausbildung vermissen. Wer solch grundgesetzwidrige Vorgehensweise nach der Maxime ‚der Zweck heiligt die Mittel‘ nicht nur billigt, sondern fortzuführen plant, hat in verantwortlicher Position in einem Rechtsstaat nichts verloren.

Das kümmert Ziercke und Konsorten aber einen Dreck.

Keine Ausnahme hinzugefügt

Heiligtümer | mehr ▾

chlaf

ark "Nara Dreamland"
ließung blieben
über das abgesperrte
[mehr...](#)

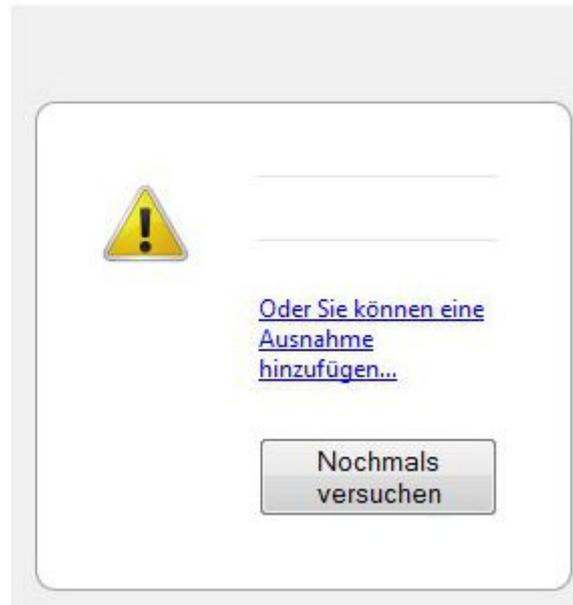
gen

iräge Schilder | mehr ▾

amilien-Sparpaket

deraum und ein
Grand Scénic ist ein
wnsizing-Motor, der
in Automatik kombiniert

EMPFEHLUNGEN AUF FACEBOOK



Spiegel online. mit vernünftigen Browser-Einstellungen
angesehen.

Das Ministerium für Wahrheit informiert

CSU-Innenpolitiker Uhl [fordert](#) Trojaner-KZ.

Anti-Viren-Programme sind Malware

[Computerbild](#): „Ein bekannter Virenschutz-Hersteller hat beim
Ausspähen eines Nutzers geholfen.“

„Eine Strafverfolgungsbehörde hat sich an uns gewendet und unsere Mitarbeit angefragt. Ein User wurde anhand eines gezielten Angriffs ausgespäht“, heißt es in der vertraulichen Nachricht des hochrangigen Mitarbeiters. Dem Hersteller wurde eine Kopie des Bundestrojaners überlassen. Das Virenschutz-Unternehmen hat den Trojaner daraufhin so angepasst, dass die eigene Schutz-Software den Verdächtigen nicht warnte – und so die Bespitzelung ermöglichte.

By the way, Computerbild: Wie kam die eigentliche Software zum Ausspähen auf den/die Rechner des Verdächtigen? Nur mal so ganz nebenbei gefragt.

Die Pointe steht aber hier: *Fakt ist aber, dass der modifizierte Trojaner zumindest im Ermittlungszeitraum eine Gefahr für alle Kunden der kooperierenden Anti-Viren-Schmiede war.*

Noch mal zum Mitschreiben: Das Unternehmen, was rechtlich nicht verpflichtet war, Hilfspolizei zu spielen, hat seine „Virenschutz“-Software so modifiziert, dass diese die Spionage-Software zum Ausspähen von Internet-Telefonie (Mit den bekannten Risiken und Nebenwirkungen) nicht erkennen konnte.

Das ist deutsche Leitkultur. Noch Fragen?

Verfassungskonforme Überwachung von Computern ist technisch nicht möglich

[Christopher Lauer](#) sagt klar und angenehm, was erstens, zweitens, drittens käm (via [Fefe](#)):

Der Einsatz des "Bundestrojaners", der unter anderem auch Bildschirmhalte überwacht, stellt also einen klaren Verfassungsbruch dar, wird aber trotzdem von Spitzenpolitikern wie Uhl oder Friedrich verteidigt. (...) Eine verfassungskonforme Überwachung von Computern ist schon technisch nicht möglich. Der Innenminister täte gut daran seinen aussichtslosen Kampf gegen die Realität zu beenden.

Solchen Dumpfbacken wie dem Innenminister würde ich auch einen Putschversuch trauen.